

# MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

## 24. Ministerrat

18. Dezember 2019

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Salzburg vom 27. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 6. November 2019 betreffend „Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen der Justiz“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 28. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 21. November 2019 betreffend „Umsetzung von dringenden Maßnahmen für ein modernes und qualitätsvolles Justizsystem“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom November d.J., mit dem eine EntschlieÙung vom 17. Oktober 2019 betreffend „MaÙnahmen gegen Fachärztemangel“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 4. Dezember 2019, mit dem eine Resolution der Marktgemeinde Ulrichsberg vom 8. November 2019 betreffend „beabsichtigtes Nachtfahrverbot von 22.00 – 6.00 Uhr auf der Straße vom Grenzübergang Schöneben bis zum Moldaustausee“ vorgelegt wird.
5. Schreiben der Allianz „Menschen.Würde.Österreich“ vom 5. Dezember 2019, mit dem eine Resolution vom 23. November 2019 vorgelegt wird.
6. Schreiben der Wiener Gebietskrankenkasse vom 3. Dezember 2019, mit dem eine Resolution betreffend „Protest gegen den Ausschluss der Seniorinnen und Senioren und der behinderten Menschen von der Mitbestimmung der Sozialversicherung und Forderung nach einem Neustart der Reform“ vorgelegt wird.
7. Schreiben der Landwirtschaftskammer Niederösterreich vom 2. Dezember 2019, mit dem eine Resolution der Vollversammlung vom 2. Dezember 2019 zu aktuellen Anliegen und Problemen der Land- und Forstwirtschaft vorgelegt wird.
8. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark vom 2. Dezember 2019, mit dem 24 Resolutionen und Anträge der 2. Vollversammlung vom 21. November 2019 vorgelegt werden.
9. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 2. Dezember 2019, mit dem der Antrag Nr. 4 – „Keine Digitalisierungsverlierer“ vom 13. November 2019 vorgelegt wird.
10. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 2. Dezember 2019, mit dem der Antrag Nr. 43 – „Billigfleisch hat seinen Preis – für die Tiere, aber auch für unsere Gesundheit und Umwelt“ vom 13. November 2019 vorgelegt wird.
11. Schreiben des Bürgermeisters von Hermagor vom 28. November 2019, mit dem eine Resolution vom 6. November 2019 betreffend „Erhalt und Absicherung des Bezirksgerichts in Hermagor“ vorgelegt wird.

12. Schreiben des Bürgermeisters von Hermagor vom 28. November 2019, mit dem eine Resolution vom 6. November 2019 betreffend „Schutz des Trinkwassers in Österreich“ vorgelegt wird.
13. Schreiben des Bürgermeisters von Leopoldsdorf vom 28. November 2019, mit dem eine Resolution betreffend „die mögliche Verlegung des Bezirksgerichtes Schwechat“ vorgelegt wird.
14. Schreiben von zwei Gemeinden (Peuerbach, Ohlsdorf), mit denen Resolutionen betreffend „kostendeckende Finanzierung des Schülergelegenheitsverkehrs“ vorgelegt werden.
15. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 3. Dezember 2019, mit dem der Antrag Nr. 15 – „Strafzahlungen auch bei ausländischen Kfz-LenkerInnen endlich eintreiben - Inländerdiskriminierung abschaffen“ vom 13. November 2019 vorgelegt wird.
16. 265/E-BR/2019 vom 5. Dezember 2019 betreffend „keine Verlagerung des Verkehrsproblems Maut-Flucht nach Lustenau und Hohenems“ (Wortlaut siehe Beilage).
17. 266/E-BR/2019 vom 5. Dezember 2019 betreffend „Einführung des 1-2-3-Klimatickets“ (Wortlaut siehe Beilage).

## **Entschließung**

**des Bundesrates vom 5. Dezember 2019 betreffend keine Verlagerung des Verkehrsproblems „Maut-Flucht“ nach Lustenau und Hohenems**

**angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 13. November 2019 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesstraßen-Mautgesetz 2002 geändert wird (7/A)**

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wird ersucht, einen Vorschlag für die Verkehrsproblematik „Maut-Flucht“ in Vorarlberg vorzulegen, der dieses Problem löst und nicht in andere Regionen verlagert.“

## Entschließung

### **des Bundesrates vom 5. Dezember 2019 betreffend Einführung des 1-2-3-Klimatickets**

**angenommen anlässlich der Debatte über den Tätigkeitsbericht der Schienen-Control GmbH 2018, vorgelegt vom Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie (III-690-BR/2019 d.B.)**

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie sowie der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, die notwendigen rechtlichen und finanziellen Maßnahmen vorzubereiten, um ein österreichweites Klimaticket für sämtliche öffentliche Verkehrsmittel zu Kosten von 1.095,-- pro Jahr (samt den Varianten 3 Bundesländer um 730,-- Euro pro Jahr und ein Bundesland um 365,-- Euro pro Jahr) in die bestehenden Verkehrsdienste-Verträge zu integrieren. Ein Bericht über die geplanten, tatsächlichen Umsetzungsschritte soll dem österreichischen Parlament binnen drei Monaten nach Beschlussfassung dieses Antrages vorgelegt werden."